

Ressort: Politik

Bericht: Verteidigungsministerium wusste seit 2011 von Problemen bei "Euro-

Berlin, 22.05.2013, 07:17 Uhr

GDN - Das Verteidigungsministerium hat offenbar bereits seit 2011 von den Problemen bei der Überwachungsdrohne "Euro-Hawk" gewusst. Das berichtet das "Handelsblatt" unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht an den Verteidigungsausschuss des Bundestags.

Der für Rüstung im Ministerium zuständige Staatssekretär Stéphane Beemelmans habe in dem Sachstandsbericht vom 14. Mai diesen Jahres eingeräumt, dass es bereits 2011, "beginnend mit dem Überführungsflug" des Versuchsträgers für den "Euro-Hawk", "erhebliche Probleme bei der luftrechtlichen Zulassung" gegeben habe. Laut Beemelmans sei deutlich geworden, dass der "erhebliche" finanzielle Mehraufwand für die Zulassung in Deutschland bei "500 bis 600 Millionen Euro" liege. Zugleich musste Beemelmans in dem Schreiben einräumen, dass die USA ihrerseits bereits im Jahr 2012 die Beschaffung weiterer Drohnen vom Typ "Global Hawk" eingestellt haben, da "der langfristige Betrieb dieser Variante" in den USA "inzwischen sehr kritisch gesehen" worden sei. Damit sei die "wirtschaftlich Versorgbarkeit einer deutschen Euro-Hawk-Flotte" über eine Dauer von 20 Jahren "insgesamt infrage gestellt".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-14219/bericht-verteidigungsministerium-wusste-seit-2011-von-problemen-bei-euro-hawk.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619